

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Peter Wilhelm Dröscher (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit

### Ausbildung der Kinderkrankenschwestern und -pfleger

Die **Kleine Anfrage 2983** vom 31. März 2000 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Änderungen, gegen die sich nach jüngsten Presseberichten Kinderkrankenschwestern und -pfleger aussprechen, sind von der Bundesregierung beabsichtigt, um eine vereinheitlichte Ausbildung in den Pflegeberufen herbeizuführen?
2. Welche Auswirkungen erwartet sie aus den beabsichtigten Änderungen für die Krankenpflegeschulen in Rheinland-Pfalz?
3. Wie wirkt sich die Ausbildungsreform aus ihrer Sicht auf die Praxis aus?

Das **Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. April 2000 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Das Bundesgesundheitsministerium prüft zurzeit, ob und in welchem Umfang die Ausbildungen der Kranken-Pflegeberufe zusammengeführt werden sollen. Der Meinungsbildungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Für den Herbst dieses Jahres plant das Bundesgesundheitsministerium ein Diskussionspapier zur in dieser Legislaturperiode beabsichtigten Novellierung des Krankenpflegegesetzes. Nach einer fachlich breiten Diskussion soll dann ein Referentenentwurf ausgearbeitet werden.

Zu 2. und 3.:

Beim derzeitigen Stand des Verfahrens sind naturgemäß nur vorläufige Einschätzungen zu den Auswirkungen einer Ausbildungsreform möglich. Ziel der Novellierung ist die Steigerung der Qualität der Ausbildung, und zwar sowohl in der Krankenpflege als auch in der Kinderkrankenpflege. Die bisher bekannt gewordenen Überlegungen tragen dem Rechnung. Diskutiert wird die Aufteilung der Ausbildung in eine für alle Pflegeberufe gemeinsame Grundausbildung und eine anschließende Spezialisierung.

Zur Besorgnis besteht kein Anlass.

Ich gehe davon aus, dass die Verbände, die Schulen und die Länder ausreichend Gelegenheit erhalten, am Diskussionsprozess mit dem Bundesgesundheitsministerium teilzunehmen. Die Landesregierung wird einer Neuordnung der Krankenpflege nur zustimmen, wenn eine hohe Qualität gewährleistet ist.

Florian Gerster  
Staatsminister